

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Wechselkurs werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Hofmeyer, Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Amtslich in Bochum, Wismarstraße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Die Verantwortung.

Wer die Verantwortung für den Ausbruch dieses ungeheuerlichen Krieges trägt, diese Frage wird begreiflicherweise immer wieder erörtert. Nach unserer Meinung fällt, soweit nicht von dem menschlichen Willen mehr oder weniger unabhängige weltwirtschaftliche Entwicklungsfolgen den Frieden in Frage gestellt haben, die Kriegsverantwortung zunächst auf jene, die die Erhaltung des Friedens für „unmöglich“ und „entwertet“ erklärten. Die Verantwortung tragen aber auch die Völkermassen, welche sich um die Gestaltung ihres Schicksals gar nicht oder zu wenig kümmern.

Halbloses Gerede ist es dagegen, zu sagen, auch solche Personen und Parteien, die vor dem Kriege die militärischen Rüstungsausgaben bekämpften und ablehnten, während des Krieges die finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung bewilligten, machten sich dadurch „mitverantwortlich für den Krieg“. Das ist ein halbloses Gerede. Das sei durch ein Gleichnis erläutert:

Wenn trotz unserer scharfen Kritik und ersten Mahnung, die Lebensgefährlichen Grubenrisikofälle zu beschränken, sich Schichtkatastrophen ereignen, weil die betr. Werksverwaltungen unsere kritische Warnung nicht gebührend beachteten und dann das Unglück geschehen ist, sich auch unsere Verbandsmitglieder an der möglichsten Beschränkung des Unheils, an dem Werk der Rettung noch lebender, aber im Schacht eingeschlossener Kameraden beteiligen — machen sich die betr. Verbandsmitglieder dadurch „mitverantwortlich“ für die Katastrophe? Natürlich tun sie das absolut nicht, sondern sie helfen nur nach Kräften mit, daß das eingetretene Unglück möglichst eingeschränkt wird.

Genau so verhält es sich mit der Landesverteidigung an und hinter den Fronten. Mitverantwortlich für den gegen ihren oft bekundeten Willen ausgebrochenen Krieg machen sich also die prinzipiellsten Friedensfreunde durchaus nicht, wenn sie, nachdem das von ihnen längst vorausgesagte Völkerungsglied einsetzt, nunmehr durch Wehrdienst mit der Waffe, auch durch Gewährung der erforderlichen Finanzmittel mitbilden, die Kriegsjurie von den heimatischen Fluten fernzuhalten. In dieser Lage befinden sich die Friedensfreunde in allen kriegsführenden Ländern.

Wenn nach den schrecklichen Kriegserfahrungen die Leidenden Völkermassen sich immer noch keinen entscheidenden Einfluß auf die innere und äußere Politik der Regierungen verschaffen, immer noch gleichgültig in den Lagern hineinsinken, dann haben die Völker nichts gelernt und dürfen sich nicht beklagen, wenn sie wieder in blutige Weltkatastrophen hineingestoßen werden. Die Völker müssen die Gestaltung ihrer Zukunft nach den nunmehr doch überreichlich gemachten tieferen Erfahrungen selbstbestimmend beeinflussen!

Das gilt auch speziell für die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft der Arbeiterschaft. Massenhaft vorzunehmen wir bewegliche Klagen und bittere Beschwerden. Daß es so kommen würde, haben wir den Kameraden jahrelang vorausgesagt und sie dringend gebeten, doch auch an ihre Zukunft, an die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskiner zu denken.

Unsäglich Mühe haben sich die eifrigen Mitglieder des Bergarbeiterverbandes seit Jahren gegeben, um die Massen der Arbeitsschüler aufzuklären über die Notwendigkeit einer starken Bergarbeiterorganisation. Hätte die Mehrzahl die kameradschaftlichen Warnungen und Mahnungen beherzigt und befolgt, dann stände es heute viel besser um die Arbeiterschaft. Dann brauchte sich der einzelne Bergmann nicht so oft geringschänkend behandeln zu lassen; er hätte einen besser auskömmlichen Lohn und lebte im Schutz einer mächtigen Gewerkschaftsorganisation als ein Arbeiter und Staatsbürger, der sich eine gerechte Würdigung seiner volkswirtschaftlich unentbehrlichen Leistungen errungen hätte.

Daß dies heute noch nicht erreicht ist, dafür tragen die Arbeiter, welche zwar Ohren hatten zu hören, aber nicht hörten, die schwerste Verantwortung!

Die Werksbesitzer haben den hohen Wert der Organisation viel, viel besser erkannt als die Arbeiter. Darum sind die Werksbesitzer aber auch ständig bestrebt, sich selbst immer fester zu verbünden und andererseits dem Arbeiter durch allerhand Mitteln weiszumachen, er habe keine gewerkschaftliche Organisation nötig. Die Gegner der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation spezifizieren eben auf die verderbliche Gleichgültigkeit der Arbeitermassen.

Was bisher von den vielen Arbeitsschülern verkannt wurde, das kann und muß nun schnell gutgemacht werden. Der Krieg ist eine harte Schule. Viele sonst Gleichgültige hat er aufgerüttelt, hat ihnen Augen und Ohren geöffnet. Mit Freunden können wir mitteilen, daß nun unter den Kameraden ein stärkeres Interesse für den Bergarbeiterverband eingeleitet ist. Die Neuaufnahmen von Mitgliedern haben sich in letzter Zeit in erfreulichem Maße vermehrt. Einige Bezirke können sogar über ganz ausgezeichnete Fortschritte berichten.

Aber das ist gar nicht ausreichend. Ueberall müssen wir an das Ehr- und Pflichtgefühl der Kameraden appellieren, müssen ihnen begreiflich machen, daß sie eine unachtre Verantwortung auf sich laden, wenn sie abseits bleiben von der Armee der Streiter für Bergmannsrecht und für auskömmlichen Lohn. Wer nicht eintritt in diese Armee, der darf sich absolut nicht beklagen, wenn es ihm nach dem Kriege nicht besser, sondern noch schlechter ergeht als heute. Schon haben Industriezeitungen den Herabdruck des Lohnes angekündigt!

Die Verantwortung für die Zukunft der Arbeiterschaft ruht mit auf jedem einzelnen Arbeiter! Der Einzelne kommt aber unter die Mäher und wenn er sich noch so schlau dünkt. Schützen kann er sich vor der Gefahr nur durch den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter. Im Verband der Bergarbeiter Deutschlands findet er Schutz und Schirm, Hilfe und Verständnis für seine Angelegenheiten. Darum herein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Der Krieg hat sicher die längste Zeit gedauert. Er kann schneller zu Ende sein, als wir alle ahnen. Wenn dann die Bergarbeiter keine praktische Anerkennung für ihre großen Leistungen und Opfer finden, so tragen dafür die, welche dem Bergarbeiterverbände ferngeblieben sind, die schwerste Verantwortung.

organisationen so oft geführten Beschwerden über die unzureichende Ernährung der Bergarbeiter und die ungerechte Verteilung fetthaltiger Nahrungsmittel. Der Reichskanzler hat sein volles Einverständnis mit Hindenburg erklärt.

„Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt“, wenn sie nicht eine größere Menge fetthaltiger Nahrungsmittel erhält. Das hat die „Bergarb.-Ztg.“ vor zwei Wochen oft geschrieben und nun bestätigt es uns der hervorragendste deutsche Heerführer. Er hat damit die große Bedeutung einer leistungsfähigen Bergarbeiterarbeit voll anerkannt. Wir dürfen annehmen, daß Hindenburg auch weiß, wie sehr für die Lösung der Arbeiterfrage nicht allein die nötige Nahrungsmittelversorgung entscheidend ist. Um die Arbeiter zur Arbeit freudig zu machen, dazu gehört auch die weitestgehende Berücksichtigung ihrer seelischen Stimmung! Man darf den Arbeitern nicht mehr zumuten, als was die Kriegsnotwendigkeiten verlangen. Alle sonstigen Freiheitsbeschränkungen und erst recht jede aus einem absolutistisch überspannten Herrenbewußtsein der Werksleiter und Werksbesitzer geborene Schikanierung und jede entwürdigende Behandlung muß unbedingt unterbleiben! Je anständiger der Bergarbeiter als Mensch behandelt wird, um so leichter wird ihm die Pflichterfüllung gemacht. In dieser Beziehung wird sehr viel geleistet.

Wir meinen, die ihrer Bedeutung von Hindenburg gezollte Anerkennung wird auch die Bergarbeiter davon überzeugen müssen, daß ihre von den Leitern der gewerkschaftlichen Organisationen bei den obersten Militär- und Zivilbehörden vorgebrachten Beschwerden und Klagen dort Verständnis finden. Wenn nun alle Bergarbeiter sich dem Verbands angeschlossen, dann werden es auch die Werksbesitzer nicht mehr ablehnen können, direkt mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen über eine gerechtere Regelung der Lohn- und der sonstigen Betriebsverhältnisse zu verhandeln. Organisiert euch alle, Kameraden, dann wird die ganze Bergarbeiterarbeiterschaft ihrer großen volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend überall Anerkennung erhalten.

Zivildienstpflicht bevorstehend?

In den nächsten Tagen wird wahrscheinlich dem Reichstag ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der keine Verlängerung der militärischen Dienstpflicht beabsichtigt, aber die männlichen, militärfreien Zivilpersonen im Alter

bis zu 60 Jahren in gewisser Hinsicht zu Diensten für die Kriegsindustrie, verpflichtet, vermütlich auch für die Landwirtschaft verpflichtet. Eine Ausdehnung der Zivildienstpflicht auf die Frauen soll nicht erfolgen.

Wir können uns grundsätzlich mit einem Gesetz, das Mütiggänger jeden „Standes“ verpflichtet, der Volksgemeinschaft nützliche Arbeit zu leisten, einverstanden erklären. Es laufen noch eine Unmenge arbeitsfähiger Personen herum, die es wegen guter Vermögenslage nach ihrer Meinung, nicht nötig haben zu arbeiten. Kräftige Privatiers, Rentner, Besitzer von Aktien und Kuxen und andere beschäftigungslose Herren, die nicht wissen, wie sie den Tag herumbringen, sind viele Zehntausende vorhanden. Auf alle Fälle ist es besser, diese freiwillig Beschäftigungslosen werden nun zur Arbeit für die Durchführung der Kriegswirtschaft herangezogen, statt die schwächeren Mädchen und Frauen noch mehr für ihre Gesundheit schädigende Arbeiten in der Schwerindustrie heranzuziehen. Und außerdem: „Arbeit schändet nicht.“

Für die „eigentliche“ Arbeiterschaft wird die Zivildienstpflicht ohne nennenswerte praktische Bedeutung sein, denn die Bergarbeiter, Metallarbeiter und die übrigen Berufsarbeiter sind bereits angestrengt tätig. Nur muß dafür gesorgt werden, daß die vielsiecht mit einem gewissen Zwang zur Arbeit genötigten bisherigen Mütiggänger nicht als Lohnbrüder mißbraucht werden können. Auch darf die industrielle evtl. landwirtschaftliche Zivildienstpflicht keine neue private kapitalistische Verrechnungsquelle sein. Der wirtschaftliche Nutzen muß der Allgemeinheit zufließen. In diesem Sinne müssen die Vertreter der Arbeiterorganisationen zu dem angelegentlichsten Gesetz Stellung nehmen.

Dies Gesetz wäre in der nächsten und vollstimmlichsten Weise durchzuführen, wenn sich alle Arbeiter gewerkschaftlich organisierten. Darum nochmals Kameraden: Hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Die Löhne können erhöht werden.

Kein vernünftiger Mensch wird von einem Werksunternehmer verlangen, daß er Löhne und Gehälter zahlen soll, die der Betrieb nicht aufbringt. Wir wissen auch alle, daß die Löhne nicht ganz so erhöht werden können wie die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Diese Preise sind bis 200 Prozent, zum Teil noch mehr gestiegen während des Krieges. Der Lohn müßte also jetzt allgemein doppelt und dreifach höher sein wie vor dem Kriege, wenn ein voller Ausgleich mit der Verteuerung der Lebenshaltung geschaffen werden sollte. Das kann auch die bestreuernde Sache jetzt nicht leisten. Darum muß auch für eine Herabsetzung der wichtigsten Nahrungsmittelpreise gesorgt werden.

Ganz falsch aber ist es, wie es in einer Reihe von Arbeiterausschussführungen seitens der Werksvertretung geschehen ist, zu sagen, die Löhne könnten nicht mehr erhöht werden, die Betriebsüberschüsse langten nicht dafür. Die Löhne pro Schicht sind im Bergbau vom 2. Vierteljahr 1914 bis zum 2. Vierteljahr 1916 nachweislich nur um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent gestiegen, also nur den zehnten Teil soviel wie die Nahrungsmittelpreise. Da muß, um die Arbeiterschaft in die Lage zu versetzen, die wichtigsten Nahrungsmittel zu kaufen, an den Löhnen noch erheblich nachgeholfen werden.

Daß dies möglich ist, können wir mit Anführung der Werksüberschüsse beweisen, wir haben es schon in der „Bergarbeiter-Zeitung“ oft getan. Nun liegen wieder eine Reihe Ueberschüsse für das letzte Vierteljahr vor. Wir bringen folgend den Vergleich mit dem gleichen Viertel des Vorjahres:.

	1916	1915
	2. Viertel	2. Viertel
Konstantin der Große	1 589 249 Mk.	1 658 152 Mk.
Dortfeld	307 310 „	106 526 „
Enab	1 674 909 „	1 389 252 „
Friedrich der Große	597 082 „	601 189 „
Gottefegen	142 614 „	46 078 „
Graf Bismarck	1 701 368 „	1 344 904 „
Graf Schwerin	292 007 „	331 820 „
Geinrich	463 876 „	264 166 „
Helene und Amalie	580 479 „	350 652 „
Johann Deimelsberg	152 498 „	170 624 „
Rönig Ludwig	1 375 930 „	808 833 „
Langenbrahm	759 496 „	558 271 „
Lothringen	1 403 974 „	900 173 „
Mont Genis	604 952 „	715 259 „
Schürban u. Charlottenburg	135 788 „	56 782 „
Unser Fritz	423 310 „	605 707 „
Vereinigte Trappe	89 719 „	60 829 „

Danach sind die Ueberschüsse fast bei allen Zechen bedeutend gestiegen, meist sind sie höher wie vor dem Kriege. Der Müllheimer Bergwerksverein machte Betriebsüberschüsse (in Mark):

	1912	1913	1914	1915	1916
1. Vierteljahr	339 461	618 171	605 352	624 600	651 744
2. Vierteljahr	578 222	668 451	498 586	572 025	721 659
3. Vierteljahr	680 800	727 357	52 145	618 556	807 787

Also hat diese Gesellschaft 1916 so hohe Ueberschüsse wie nie zuvor. Die große Sarpener Bergwerksgesellschaft (22 Zechen) verzeichnete

	1915/16	1914/15
Bruttogewinn	32 892 308 Mk.	25 061 380 Mk.
Reingewinn	11 287 174 Mk.	9 850 234 Mk.

Auch diese große, maßgebende Zechengesellschaft macht jetzt höhere Ueberschüsse wie in dem besten Jahr vor dem Kriege.

In dem übrigen Bergbau steigen die Werksüberschüsse ebenfalls ganz bedeutend. So machten Betriebsgewinne

Die große Bedeutung der Bergarbeiterschaft

Für die Erhaltung des Staates ist selten so eindringlich dargestellt worden als in einem vom Chef des Generalstabs des deutschen Heeres, Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichskanzler gerichteten Brief. Hindenburg schreibt, für den glücklichen Ausgang des Krieges käme es auch auf die „Lösung der Arbeiterfrage“ an, sie sei „dabei entscheidend“. Hierfür bedürfe es „der einmütigen, hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Zentralbehörden.“ Dazu erklärt Hindenburg:

In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht. Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Ruhrkohlenrevier, dem Siegerland, wie auch aus anderen Industriezentren wird mir berichtet, daß es immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken. Im Siegerland soll seit zwei Monaten nur eine ganz geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Mit staatlichem Zwang wird erfassungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg von einer umfassenden großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegsindustrie-Arbeiter. Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß verfallen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt, und jeder Deutsche im Innersten davon durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampf an der Front.

Wir begrüßen diese hoffentlich wirksame Aufforderung des Generallieutenants an die Kreise, welche den großen Ernst der Zeit immer noch nicht begriffen haben; bestätigt doch der Brief Hindenburgs vollauf die von den Leitern der Bergarbeiter-

	1910/11	1914/15
Rhein. Stahlwerke (S. Zentrum)	18 801 448 Mk.	7 859 447 Mk.
Kattowitzer Aktiengesellschaft	9 787 704 "	6 661 477 "
Bismarckhütte (Oberschlesien)	6 708 055 "	8 018 700 "
Werkstätten-Weisenfeld	4 088 848 "	9 153 473 "
Niederschles. Montanwerke	11 048 881 "	8 800 805 "
Niederlausitzer Kohlenwerke	6 280 000 "	5 500 000 "
Sachsenwerke (Oberschlesien)	11 008 017 "	9 023 447 "
Wodumer Verein	22 000 000 "	11 850 000 "
Boeckh (Aechte Weisstaal)	19 001 002 "	5 450 334 "
Rheinische Braunkohlenwerke	8 800 203 "	7 115 388 "

Wir könnten noch eine lange Reihe von Wertüberprüfungen anführen, aber die genannten genügen, um zu beweisen, daß die Vergarwerks- und Stättenunternehmer heute Betriebsgewinne machen, wie sie so hoch noch nicht vorgekommen sind. Natürlich verlangen wir nicht, daß die Werke ohne Unternehmerrgewinne abzuwickeln, das Anlagekapital will verzinst werden. Aber wir sind der Meinung, daß die Werksbesitzer so vermögend (reich) sind, daß sie sich nun mit einem mäßigen Kapitalzins begnügen müßten, um den zweifellos massenhaft vorhandenen Arbeitern, die nicht wissen, wie sie mit ihrem Lohn auch nur die notwendigen vorhandenen Nahrungsmittel kaufen sollen, die Löhne anständig anzubessern, damit auch diese besitzlosen, schwerarbeitenden Leute sich und ihre Familie wirtschaftlich durchbringen können. Das ist gewiß kein unbilliges Verlangen.

Nun sollen wieder die Kohlenpreise erhöht werden; im sächsischen Steinkohlenbergbau und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind teilweise bereits wieder Preisserhöhungen eingetreten. Die ober-schlesischen Kohlenzechen fordern eine Preisserhöhung von 2 Mark pro Tonne, das Rhein-Westf. Kohlenindustriat will die Kohlenpreise um 2, den Ruhrpreis um 3 Mark heraufsetzen. Volkswirtschaftlich notwendig ist das nicht. Die Lieferkoeffizienten zeigen, daß sehr hohe Gewinne gemacht werden und schon bei den jetzigen Kohlen-, Koks- und Preisen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne durchführbar ist! Daß die Lohnerhöhung notwendig ist, dafür spricht die Notlage in der Arbeiterbevölkerung.

Wenn die Vertreter der Vergarbeiterorganisationen Lohnforderungen für die Belegschaften stellen, dann hören wir von Werkverwaltern den Einwand, die Arbeitergewerkschaft habe kein Recht, „im Namen der Belegschaften“ zu sprechen, man könne auch mit den Vergarbeiterverbänden nicht verhandeln, weil noch viele, auf diversen Zechen die weissen Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert seien. Das erklären uns die Werksbesitzer regelmäßig und lehnen die Lohnangaben ab.

Verteilt ihr nun endlich, Kameraden, worauf es ankommt? Ist die Mehrzahl der Arbeiter im Verband, dann werden die Werksbesitzer über die Lohnangaben verhandeln! Kommt es zur Verhandlung, dann kommt auch für die Arbeiter ein Wortpil heraus. Also, Kameraden, ihr wißt nun, daß es auf euch ankommt, ob ihr bessere Verhältnisse bekommt oder nicht. Vereinigt euch, schließt euch dem Verbaude der Vergarbeiter Deutschlands an und ihr gelangt zu eurem Recht.

Die Gewerkschaften vor und während des Krieges.

Vom Erleben wollen wir reden, vom Erleben der Gewerkschaften in diesem furchtlichsten und gewaltigsten aller Kriege. Mein Wunsch glaubt mehr daran, daß die Gewerkschaften als solche der Krieg nichts angeht, daß die Arbeiterorganisationen ihre Tätigkeit zu erschöpfen hätten in der Erämpfung höherer Löhne, in der Erreichung kürzerer Arbeitszeiten und ähnlichen Forderungen. O nein, die Aufgaben der Gewerkschaften sind weitreichender, sie sind es immer gewesen. Sie erzielen die Arbeiter zur regen Beteiligung am öffentlichen, am deutschen wie am internationalen Leben, sie arbeiten stetig an einer höheren und besseren Vengestaltung der Kultur und Gesellschaft, sie interessieren die Arbeiter für alle Erfindungen, wie sie die geschichtliche Entwicklung mit sich bringt. Das es so ist, beweist der Verbestand der Gewerkschaftsbewegung. Auf diese sei, soweit es sich im Rahmen eines Artikels ermöglichen läßt, eingegangen.

Als der Krieg ausbrach, zählten die Gewerkschaften in den Kulturländern mehr als 10 Millionen Mitglieder, hiervon entfielen auf Deutschland mehr als 3 Millionen, und darunter wieder rund 2 1/2 Millionen auf Verbände, die der Generalkommission der freien Gewerkschaften angeschlossen sind. Die letzteren sind es, zu denen auch unser Verband gehört. Die freien Gewerkschaften sind in der Geschichte fast jüngerer Datums, ihre Anfänge liegen bis an 50 Jahre zurück, ihre eigentliche Entwicklung datiert erst mit dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890. In rund einem Vierteljahrhundert sammelten sich um die Fäden der freien Gewerkschaften 2 1/2 Millionen Menschen! In jowiel Seelen wurde die Menschenswürde erweckt, in ihnen eine vorher nie gekannte Solidarität gepflegt, sie wurden zu Kämpfern großartiger und reif gemacht zur Föhrung gemeinschaftlicher Arbeiterinteressen. Ein neues Arbeitergeschlecht ist gekommen mit neuem Streben und neuen Zielen und überall zeigt sich die Frucht der gewerkschaftlichen Tätigkeit, im geistigen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse!

Aus den Gewerkschaften heraus haben sich in Deutschland hauptsächlich die Genossenschaften entwickelt; auch hier beherrschte die Mehrheit der Genossenschaftler der Geist, der aus den Gewerkschaften mit herausstrahlte. Die sogenannten sozialistischen Konsumvereine zählten bei Ausbruch des Krieges rund 2 Millionen Mitglieder. Es erwachsen im Laufe der Zeit die Volkshilfsvereine, ein Versicherungsinstitut, von Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffen, und es kamen die Gewerkschaftshäuser, Bibliotheken und Bildungsinstitute. Während die Gewerkschaften vor zwanzig Jahren und mehr 1, 2 und 3 Millionen Mark an Einnahmen erzielten, waren es im letzten Friedensjahre (1913) 82 005 580 Mark! Die Ausgaben betrugen 74 904 862 Mark und das Vermögen 88 000 295 Mark. Hunderte von Millionen Mark haben bis heute die Gewerkschaften an Unterhaltungen in Notfällen und für Kämpfe wegen Lohnstreikigkeiten an ihre Mitglieder ausgegahlt. Für rund zwei Millionen Arbeiter wurden in Deutschland Tarifverträge erkämpft! Zwei Millionen Arbeiter nahmen als Kontrahenten teil bei Vermittlung, Vermendung und Bewertung der menschlichen Arbeitskraft. Das sind nicht mehr Sklaven, Lohnslaven, die behandelt und bezahlt werden nach Willkür ihrer Arbeitgeber. Tarifverträge sind die Umbildung des Arbeitsvertrages, dessen Tragweite sich noch nicht überschauen läßt, aber in jedem Falle bedeuten sie einen großen Fortschritt gegenüber den Zuständen, unter denen die Arbeiter noch gar nichts in ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen hineinzuhaben hatten. Tausende von Streiks sind geführt worden, tausende von Lohnbewegungen und in unzähligen Fällen hat sich der Übermut stolzer Unternehmer und Unternehmerorganisationen an der Solidarität kämpfender Arbeiter gebrochen. Keine geschichtliche Epoche vermag so glänzende Ergebnisse der Arbeiterkämpfe aufzuweisen, als die, die wir mit erleben.

Die Gewerkschaften suchten auch die Sozialgesetzgebung zu beeinflussen, die anfangs eigentlich gegen sie gerichtet war. Während die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, die sozialdemokratische Partei, sich in den Parlamenten um den Ausbau der anfangs sehr kümmerlich eingerichteten Sozialgesetzgebung kümmerte, waren es die Gewerkschaften, die in die verschiedensten Verleserungsorganisationen eintreten, hier Kontrolle ausübten und ihre Wirksamkeit immer mehr und mehr ausdehnten. Sie erzwangen Reformen, und wo sie in großem Maße ihren Einfluß zur Geltung bringen konnten, z. B. in den Ortskrankenkassen und Anapppschaffungskassen, da haben sie oft genug Musterbeispiele geschaffen. Tausende von gewerkschaftlichen Arbeitervertretern sind täglich und stündlich tätig, um die Arbeiterversicherung und die Arbeiterschutzesetzgebung so weit zu bringen, daß sie die Bedürfnisse der Arbeiterklasse befriedigen. Die Arbeitervertretungen und die Gewerkschaften schäben die Hilfsbedürftigen vor schlimmen Auswüchsen dieser Gesetzgebung, sie haben zu diesem Zwecke allein schon eine große Anzahl Sekretariate geschaffen, sie suchen durch die Presse und durch beherrschende Vorträge die Arbeiter mit dem weit verzweigten, oft recht unverständlichen Bestimmungen der Gesetzgebung vertraut zu machen. Die Gewerkschaften sind es auch, die in bezug auf das Arbeitsverhältnis, wie das bei den Tarifsen zum Ausdruck kommt, gleichfalls großes geleistet hat. Das zeigt der Fortschritt auf den Gebieten des Sanitätswesens, der Gewerbeordnung, der Arbeitsschutzgesetze usw. Und wer die Gewerkschaften kennen lernen will, der muß studieren, wie sie sich das Sozialisationsrecht gesichert und wie sie dieses auszunutzen haben. Kurz und gut, was die Arbeiter aller Länder heute Gutes haben, das haben sie in erster Linie den Gewerkschaften zu verdanken. Und worauf es ankommt: die Gewerkschaften haben ihre Erfolge zum Teil schwer erkämpfen müssen, das macht die Ergebnisse ihres Ringens besonders wertvoll. Dann kam der Krieg. Auf ihn, den Krieg, auf seine Kriache, seinen Verlauf und auf die Auseinandersetzungen, die sich in der Arbeiterschaft wegen ihm entsponnen haben, gehen wir nicht ein. So groß die Abneigung der Gewerkschaften auch gegen den Krieg war, so durften sie doch keinen Augenblick vergessen, daß auch ihnen Aufgaben aus dem Kriege heraus entständen. Die Gewerkschaften sind Arbeiterinteressenvertretungen und sie mußten es zeigen, daß sie solche auch während eines Krieges bleiben. Ihre Politik mußte sein, nachdem sie den Krieg nicht verhindern konnten, die Wirkungen des Krieges auf die Lage der Arbeiter möglichst zu lindern! Krieg ist kein Hindernis und daher mußte gehandelt werden. Nur das konnte der Arbeiterschaft dienen.

Die Gewerkschaften waren als Körperschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum 31. Oktober 1914 waren 681 005, und bis zum 31. Januar 1915 schon 780 000 freiwillig organisierte Arbeiter zum Militär eingezogen worden; inzwischen ist die Zahl der Eingezogenen aus den Gewerkschaften noch ständig gewachsen. Diese gehen unter Kanonen-, Minen- und Maschinengewehrfeuer, sie brauchen wie die anderen Soldaten Nahrung, Kleidung, Lagerecke, Verwundetenverpflegung und Schutz, wenn sie als Krüppel nach Hause kommen. Dann bedürfen ihrer Angehörigen der Unterstützung der Gewerkschaften. Damit waren deren Aufgaben gegeben. Und die Gewerkschaften haben diese Aufgaben zu erfüllen gesucht, haben auch hier große Erfolge erzielt. Zunächst ist nach Ausbruch des Krieges eine starke Arbeitslosigkeit ein. Allein in den freien Gewerkschaften wurden im August 1914 nicht weniger als 22,7 Prozent der Mitglieder, als arbeitslos gezählt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter standen in Gefahr, sich zu verschlechtern, wenn es nicht gelang, sich die durch die Arbeitslosigkeit entwickelnde Konkurrenz der Arbeiter unter sich vom Hals zu schaffen. Das konnte nur geschehen, wenn gesorgt wurde, daß entweder die Arbeitslosen unterstützt oder schnellstens wieder in Arbeit gebracht wurden. Bis zum 31. Juli 1915 zählten die freien Gewerkschaften 21 580 000 Mark allein an Arbeitslosenunterstützung aus, zum Teil in den ersten Monaten des Krieges. Dazu kam, daß dieselbe Regie-

ung und dieselben Behörden, die ganz besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege den Gewerkschaften überlachten, nach Ausbruch des Krieges an sie herantraten und Fühlung mit ihnen suchten. Sie erbat den Rat und Hilfe bei den Verbänden, um die Ernte einzubringen. Staatliche Institute und Kommunalverwaltung bewilligten Summen für die Arbeitslosen und beauftragten die Gewerkschaften, an der Verwaltung und Verteilung dieser Gelder teilzunehmen. Wir haben bis in die letzte Zeit erlebt, wie auch Militärbehörden und viele Unterehmer mit den Gewerkschaften in Verbindung traten, um die verschiedensten Probleme, die sich aus dem Kriege für die Arbeiter ergaben, zu lösen. Man hat, als dieses Verhältnis sich zeigte, das Wort „Würgrieden“ geprägt, das Wort verschiedentlich angelegt, auch oft genug spöttlich bemerkt. Wer ohne Verantwortungsgesühl dastekt, wen die Mühen und die Sorgen der täglichen Gewerkschaftsarbeit nicht drücken, wer sich dazugegen gefüllt, in den Werksstätten umherzulaufen, um den „harten August“ zu markieren und wer alle Verantwortung hat, seine Unfähigkeit, Arbeiterinteressen zu vertreten und die Dinge so zu erkennen wie sie sind — zu verhindern der möchte das Zusammenarbeiten der sich sonst in ihren Interessen gegenüberüberhebenden Gruppen und Organisationen spöttelnd belachen. Aber, wie die Gewerkschaften und ihre Föhrung — angeichts der großen Zahl der eigenen Anhänger, die am Kriege beteiligt ist und unter den Folgen des Krieges zu leiden hat — vom Verantwortungsgefühl getrieben, alles daran setze, um Not und Elend zu lindern, der machte sich nichts daraus, mit Unternehmern und Behörden zu verhandeln. In der Hauptsache kam es darauf an, daß für die Arbeiter, die Soldaten und deren Angehörige etwas herauskam. Wer diese Arbeit und Tätigkeit der Gewerkschaften bisher herabgesehen verachtete, der fand sich natürlich in guter Gesellschaft und zwar in der der ausgekosteten Arbeiterfeinde und Scharnmacher! Auch diese waren von dem sogenannten Burgfrieden nicht unberührt. Die Gewerkschaften haben auch hier nur ihre Pflicht getan. Und wer vernünftig darüber nachdenkt und weiß, wieviele tausend organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Komitees und Kommissionen der Kriegssüßwaren für die Interessen der Hilfsbedürftigen sich einsetzten und wie die Arbeitervertreter sich in den Dienst stellten, der wird empfinden, wie es gekommen wäre, wenn den Armen und Hilfsbedürftigen nicht die Gewerkschaften zur Seite gestanden hätten. Selbstverständlich haben diese nicht alles erzwungen können. Wenn sich heute eine tiefe Verbitterung im Volke zeigt, weil der Krieg zu lange dauert, dieser unheilvolle Krieg — erfordert und wenn Horn und Erregung herrscht, weil die Versorgungsmittel, Versorgung nicht so knapp, wie es sein mußte, so darf nicht vergessen werden, daß wir in einer Zeit leben, in der die kapitalistischen Tendenzen noch herrschen. Und man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaften nur einen und zwar immer noch den kleineren Teil der gesamten Arbeiterschaft zum Anhang haben. Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch unorganisiert, die kümmern sich nicht um ihre und um die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitmenschen. Die Unorganisierten bilden den Vremislos auf vielen Gebieten des Kultur- und Wirtschaftslebens, sie sind es, die den geistigen, wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Arbeiterschaft hemmen und das Unrecht, was den Armen geschieht, stützen.

Das Drängen auf Reform des Anapppschaffswesens.

Der Krieg konnte dem Streben unseres Verbandes, auch auf Anapppschafften Gebiete Verbesserungen zu erzielen, seinen Einhalt gebieten. Er hat, wie vor dem Kriege, so auch in der Zeit, wo dieser toll, alles getan, um die Rechte der Anapppschafftenmitglieder zu schmälern und zu erweitern. Die Wirkungen des Krieges auf die Anapppschafftenverhältnisse haben dem Verbaude auch genügend Gelegenheit, sich zu betätigen. Schon aus dem Grunde, weil die Statuten der Anapppschafftenvereine nicht auf Kriegserlebnisse zugeschnitten waren. Folgende Hinweise mögen zeigen, wie der Verband seine Aufgaben zu erfüllen bestrebt und welche wertvolle Folgen seine Tätigkeit für die Vergarbeiter nach sich zog.

Am 1. Januar 1914 waren auf den zum Allg. Anapppschafftenverein Vogau zehrenden Vereinen allein 23 505 Deutsche beschäftigt. Viele dieser Kameraden und Bundesgenossen wurden zum Kriegsdienst einberufen, hatten jahrelang ihre Beiträge im Anapppschafftenverein entrichtet, hätten aber ihre Anrechte verloren, da im Statut des Vogauer Anapppschafftenvereins der § 38 folgenden Wortlaut hat:

„Für die zur Ableistung der gesetzlichen Militärpflicht Eingezogenen besteht ein Anspruch auf die Pensionenleistungen nur dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit oder der Tod infolge der Teilnahme an einem vaterländischen Kriege eingetreten ist.“

Unsere Vorstandsmitglieder traten nun in der Sitzung des Allgem. Anapppschafftenvereins Vogau vom 12. November 1914 dafür ein, daß die zum Kriegsdienst eingezogenen Reaktionslosenmitglieder der österreichisch-ungarischen Monarchie als beteiligt an einem vaterländischen Kriege im Sinne der Satzung zu betrachten seien, unter der Voraus-

Einigkeit.

Einigkeit, du Göttergleiche,
Vor dir beugen wir das Knie,
Fortschritt herrscht in deinem Reiche,
Caf- und Willensharmonie!
Du führst uns zu hohen Zielen,
Dein Stern folgt unserm Geiste,
Sammelt einzeln uns zu vielen,
Gibt die Hand der Hand voll Schwiele,
Wenn der Kleinmut uns umkreist.

Alle Kleinen, alle Schwachen
Söhren sich um deinen Thron,
Kämpfen mit dem goldenen Drachen
Um gerechten Arbeitslohn.
Deine fliegenden Standarten
Fluchen Mut und Kraft uns ein.
Vor des Lebens Rosengarten
Wollen wir nicht zehrend warten,
Nein, wir wollen drinnen sein!
Hochm.

Keiner weiche, keiner wankt,
Keiner sei ein feiger Tropf!
Weltum fliege ein Gedanke
Und befruchte Herz und Kopf:
Um den Himmel hier zu bauen,
Caf uns not die Einigkeit,
Einer muss dem andern frauen,
Muss im Kampfe nie erlennen,
Nichtreich sein im Bruderleid.

Frohe Menschen, Völkerr Frieden,
Gleiches Recht im Volksverband,
Freiheit, sich kein Glück zu schmieden,
Das erstrebt der vierte Stand. —
Chronos schreibt in Eisenlettern
Mit dem Stiff der Einigkeit!
Hört, die Sturmposaunen schmettern,
Denn des Schicksals Schläge wettern
Und erschüttern Welt und Zeit!
Viktor Kalinowski.

Sähige deine Arbeitskraft.

In einem alten Tagebuche — es ist vor einem Vierteljahrhundert geschrieben — finden wir von einem jungen Vergarbeiter folgende beherzigenswerte Worte niedergeschrieben:

„Ich bin auf mich allein angewiesen, ohne anderweitige Hilfe und ohne Unterstützung von Eltern und Verwandten. Ich muß den Kampf ums Dasein aufnehmen, muß sehen, wie ich mich allein durchschlage. Das wird schon gehen. Ich bin jung, gesund und auch kräftig, ich werde mich schon durchhelfen. Aber, so frage ich mich: ist mein jetziges Leben nur dafür da, es mit Arbeit und Schlägen und geistlosem Muetrie zu verbringen, oder harren nicht auch Verpflichtungen meiner, denen ich mich nicht entziehen darf? Ich denke lange darüber nach, und so wie es kommt, ich denke an mich und an mein Arbeitsverhältnis, das mich in der Grube erwartet. Schon im Jünglingsalter!“

Jemandem hatte ich gelesen, daß der Unternehmer, der Kapitalist, seinen Betrieb nicht errichtet, um aus menschlichen Arbeitern Brot und Arbeit zu geben, sondern daß das Streben des Unternehmers dahin geht, aus seinen Betrieben einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Ich finde dieses Streben natürlich und habe darum den Besitzer der Grube nicht, der nicht nur sein Kapital verzinsen, sondern auch einen Gewinn erzielen will. So macht es nicht einer, so machen es alle. Für mich als Arbeiter kommt es darauf an, daß ich mich fragen muß, ob auch ich auf meine Rechnung komme oder nicht? Der Unternehmer hat die Grube, ich nicht. Wenn er diese über Nacht verlore, müßte er, wie ich, arbeiten gehen. Sein Weisheit führt ihn aber davon ab, so arm zu sein wie ich. Ich habe nichts weiter als meine Arbeitskraft, ich muß sie dort anbieten, wo ein Besitzer eines Betriebes in Frage kommt, ich muß arbeiten gehen, sonst gehe ich völlig zu Grunde oder sinke in die Lumpensicht der herunter. Weil es so ist, jange ich an, meine Arbeitskraft zu schützen. Ich komme zu der Überzeugung, daß diese Arbeitskraft, weil sie meine Existenz sichert, ein wertvolles Gut ist, das ich schützen muß. Die Arbeitskraft, so denke ich, ist kein Maschinenenteil, kein Mechanismus, der aufgebraucht, durch einen anderen ersetzt werden kann. Die Arbeitskraft ist ein Stück von meinem Ich, ein lebendiges Gut. Biete ich dem Unternehmer die Arbeitskraft an, biete ich den ganzen Menschen mit und ich weiß, von der Verwendung und Bewertung der Arbeitskraft hängt meine Existenz ab.

Ich sehe es alle Tage. Wer zu jung zu schwach, wer krank oder invalide ist, wer zu alt ist oder einen Unfall erlitten hat, dem geht es schlechter wie dem arbeitsfähigen, kräftigen Menschen, der Vollarbeit leistet. Warum? Nun, der Arbeitgeber zahlt nur vollwertigen Lohn, wenn er nach seiner Meinung nur vollwertige Arbeit dafür erhält. Weil es so ist, muß ich darauf achten, daß mir die Arbeitskraft möglichst lange erhalten bleibt, daß ich sie vor frühzeitiger Ruinierung schütze, sonst richte ich meine Existenz zu Grunde. Es ist Pflicht des Arbeiters, daß er den willkürlichen Bestrebungen der Kapitalisten Grenzen zieht. Aus der Geschichte habe ich gelernt, wo es hinzierte, wenn dem Kapitalismus, seine Schranken in der Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft gesetzt sind. Ganze Geschlechter hat er ruiniert, Kinder bis zum Alter von 6 Jahren hat er in die Fabriken gepfercht, um auch aus ihrer Arbeit Nutzen zu ziehen. Ganze Familien, welche arbeiteten, verdienten zusammen nur soviel, daß sie förmlich hungern müßten und elend dahinvegetierten. Und wo es ihm heute noch gelingt, nach Willkür zu handeln, da treibt er es immer noch arg genug! Und die Folgen sind: Krankheiten, frühzeitige Invalidität, frühes Sterben, Not und Elend überall! Fin alles das denke ich und ich juche nach einem Ausweg, meinen Ein-

zigen Reichtum, mein höchstes Gut, meine Arbeitskraft zu schützen. An alles das denke ich. Was soll ich tun? Gehe ich zu meinem Arbeitgeber hin oder zu seinem Stellvertreter und lege ihm meine Wünsche dar, so klar und vernünftig wie es eben geht, wird er dann freudig in meine Hand schlagen? Wenn ich ihm sage: Ich brauche einen solchen Lohn, daß ich kräftige Nahrung zu mir nehmen kann, um die verbrauchten Kräfte schnell und gründlich zu ersetzen; wenn ich ihm sage, ich will mich anständig kleiden, will anständig wohnen, ich will von den geistigen Fortschritten mit nicht nähren, will Bücher und Zeitungen lesen, will auch hin und wieder ein gutes Theater besuchen. Ich brauche im Jahre Ferien und ich möchte eine Arbeitszeit, die mir Tagesruhe genug läßt, mich fortzubilden. Ja, wenn ich komme und ihm sage, ich möchte auch einen Sparkasten zurücklegen, ohne zu entbehren; wenn ich dieses und noch anderes wünschen werde, wird er dann in meine Hände schlagen und sagen: Du bist ein Mensch, der sich schützen gelernt hat, ein Mensch, der so vernünftig rebel und alles so gut zu begründen weiß, daß man ihm seine Wünsche nicht abschlagen kann. O nein, ich weiß, er wird mir sagen: Du bist ein sonderbarer Mensch, gehe deiner Wege! Hier befehle ich, was ich geben will, bestimme ich. Ich bin Herr in meinem Betriebe und lasse mir nicht dreinreden. Gehe deiner Wege, andere hungern nach Arbeit, weil sie leben wollen, sie unterwerfen sich meinem Willen und meinen Bedingungen. Geht! Was soll ich tun? Ich fühle, daß ich allein nichts machen kann. Aber wenn er mir nicht jagen kann, andere hungern nach Arbeit, wenn du nicht willst, tun es jene. O, wenn sich der Mann verreckt hätte, wenn alle, die von ihrer Arbeitskraft leben müssen, eines Willens sind und dasselbe jagen wie ich und was viele meiner Schicksalsgenossen schon längst gesagt haben, wenn sie alle kommen und fordern, wird der Betriebschef dann auch jagen: Geht eurer Wege, es sind andere da! Und wenn sie nicht kommen und wenn sie alle entschlossen sind, menschenwürdig zu leben, wird der Hochmut sich dann auch noch so ausstoben können, wie es in der Nichtachtung der menschlichen Arbeitskraft zum Ausdruck kommt? O nein, das hat dann aufgehört. Dann wird der Unternehmer die Kräfte und den Willen der großen Menge abschäben und er wird sein Mißho berechnen. Esht er zuviel auf Spiel, wird er nachgeben und den Arbeiterwünschen eher Gehör schenken, als mir allein.

Das alles geht mir durch den Kopf und manches andere noch. Ich weiß, wo der Wille sich härter ausdrückt, ich weiß, was nötig ist, was die Schwäche des Einzelnen zu befeigen vermag. Ich gehe hin, wo die Kraft fließt, den Willen der Massen zu stärken, wo ich, keine Menschenwürde zu verteidigen und eine schönere Zukunft auch für die hohen Träger der Arbeitskraft aufzubauen. Ich fühle, es geht mich zur Organisation, zum Vergarbeiterverband hin.“

Jehtung, das Österreich-Ungarn auch den in seinem Lande vertriehenen Deutschen die keinen Landesangehörigen eingeräumten Vergünstigungen gewährt. Dieser Antrag wurde angenommen. Durch Eingaben unseres Verbandsvorstandes — unterstützt durch solche unserer österreichischen Bruderorganisation „Union“ — an die österreichisch-ungarischen Handelsministerien wurden auch den in Österreich-Ungarn vertriehenen Deutschen die den Angehörigen Österreich-Ungarns zufließenden Vergünstigungen zugesichert. Unsere Vorstandsmitglieder können stolz darauf sein, durch ihren Antrag sowohl den hier vertriehenen österreichisch-ungarischen Kameraden, als den in Österreich arbeitenden Deutschen ihre erworbenen Rechte gesichert zu haben. Dies ist wirkliche internationale Solidarität.

In derselben Sitzung (12. November 1915) wurde der Antrag der Vorstandsmitglieder angenommen, daß auch das Krankengeld an im Kriege befindliche Mitglieder zu zahlen sei, wenn die Verwundung oder Erkrankung in den durch deutsche Truppen besetzten feindlichen Landesteilen erfolgt, daß also dieses Gebiet nicht als Ausland zu betrachten sei. Durch die Annahme dieses Antrags wurden Prozesse vermieden, die Mitglieder anderer Krankenkassen zu führen hätten, da man ihnen das Krankengeld verweigerte, weil sie im Auslande verwundet oder krank wurden. Dies alles wurde im Bochumer Knappschäferverein nicht allein verniedert, sondern man kann mit Recht behaupten, daß die Stellungnahme des Vorstandes in dieser Frage dazu beitrug, daß später durch Landesratsverordnung allgemein das heilige Gebiet nicht als Ausland angesehen und dadurch allen Differenzen über diese Streitfrage ein Ende gemacht wurde. Wir sehen, daß unser Verband und mit ihm unsere Kassen auf dem Posten waren und die Interessen aller Knappschäfermitglieder bei ihnen gut aufgehoben sind.

Es ist ganz selbstverständlich, wenn der Vorstand des großen Bochumer Knappschäfervereins einen fortschrittlichen Standpunkt einnimmt, andere Knappschäfervereine dadurch gedrängt werden, Verbesserungen vorzunehmen.

In derselben Sitzung wurde auch der Rückzahlung der Beiträge zugestimmt für jene Knappschäfermitglieder, die durch den Kriegsdienst arbeitsunfähig wurden, oder für die Angehörigen des zu Tode gekommenen, wenn sie noch keine Ansprüche auf Pensionsausstellungen haben. Wohl glaubte die Knappschäferverwaltung die Angehörigen mit 75 Mark Sterbegeld betriebligen zu können, aber gerade die vorerwähnte Zustimmung zur Rückzahlung der Beiträge trug zur Entschädigung des Oberlandesgerichts für Knappschäferwesen in Berlin bei, daß in solchen Fällen nicht die 75 Mark Sterbegeld, sondern die Beiträge zurückzahlen seien. Der Verband und seine Kassen waren also auch hier auf dem Posten.

Wir erinnern dann an den Entwurf des Knappschäferkriegsgesetzes. Seine Hebe war in diesem Jahre, daß die Anrechnung der Militärenten auf die Knappschäferrenten verboten werden sollte, auch sonst ließ der Entwurf sehr viel zu wünschen übrig. Die Vorstandsmitglieder des Bochumer Knappschäfervereins, sämtliche Angehörige unseres Verbandes, reichten unterm 12. Februar 1915 eine Petition ein mit Vorschlägen zur Verbesserung des Gesetzesentwurfes, die auch zum größten Teil im Knappschäferkriegsgesetz berücksichtigt wurden. Also auch hier sehen wir wieder, daß es der Verband und seine Kassen waren, welche den Mutriß dazu gaben, daß der Gesetzesentwurf verbessert wurde und das Knappschäferkriegsgesetz den Bergarbeitern viele Vorteile bietet. Somit ist es dieser zu verdanken, daß heute die Militärenten neben der Knappschäferrente gezahlt wird. Große Summen sind dadurch dem Kriegswaisen, die zugleich Vergewaltigten waren, zugute gekommen, da verschiedene Knappschäfervereine in ihren Statuten die Anrechnung getroffen hatten, daß die Militärenten auf die Knappschäferrenten anzurechnen seien und diese Bestimmungen durch Annahme unseres Antrags im Knappschäferkriegsgesetz hinfällig wurden. Weiter brachten unsere Vorschläge den Erfolg, daß die in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verbrachte Zeit sowie die auf die Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monate auf die Wartzeit und auf das Dienstalter angerechnet werden, sowie weitere für die Bergarbeiter günstige Bestimmungen eingeführt wurden.

Schon seit Jahrzehnten ging das Streben der organisierten Bergarbeiter dahin, der Zersplitterung im Knappschäferwesen ein Ende zu machen. Die Einrichtungen des Krieges machten die Schaffung eines Reichsknappschäfergesetzes, die Bildung eines Reichsknappschäfervereins erst recht nötig. Auf Anregung unseres Verbandes gingen, wie bei vielen anderen Bergarbeiterforderungen, während der Kriegszeit die vier Verbände geschlossen vor. Sie richteten am 18. September 1915 eine Eingabe an die ständigen Ausschmittglieder und an die Generalversammlung des Allg. deutschen Knappschäferverbandes, der am 28. September 1915 in München tagte und ersuchten, die Herren Delegierten möchten sich dahin aussprechen, daß eine Verschmelzung aller Knappschäfervereine zur Verwirklichung des Knappschäferwesens unbedingt erforderlich ist. Die Generalversammlung sprach sich zwar nicht direkt dafür aus, doch die im Laufe des Jahres 1916 vollzogene Verschmelzung von Knappschäfervereinen zeigen, daß man unseren ins Feld geführten Gründen doch nichts Nachhaltiges entgegenzusetzen konnte.

Am 20. Oktober 1915 richteten die vier Verbände eine Eingabe an den Reichstag und Bundesrat, in der die Schaffung eines Reichsknappschäfergesetzes gefordert wurde, zugleich, daß in diesem Gesetze die Anordnungen zur Verschmelzung der bestehenden Knappschäfervereine auf einen Reichsknappschäferverein aufgenommen werden solle. Unsere Kameraden Sache und die Vertreter mit Geschick und Energie diese Forderungen. Heute liegen die Petition der vier Verbände sowie die Eingaben der Vorstandsmitglieder und Kassen der größten Knappschäfervereine Deutschlands, die sich unserer Petition angeschlossen, dem Reichstagsrat zur Verwirklichung vor und haben die Bergarbeiter es nur der Organisation zu verdanken, wenn endlich in dem so reformbedürftigen Knappschäferwesen Besserung eintritt. Dem unermüdlichen Vorgehen unserer Vorstandsmitglieder im Bochumer Knappschäferverein verdanken es unsere Kameraden auch, daß das Honorar der Ärzte nicht erhöht wurde, ohne daß auch für die bedürftigsten Invaliden etwas herausgeholt wurde.

4 Millionen Mark überlag der Bergbauliche Verein auf Drängen der Kassen um Aufbesserung der Knappschäferrenten dem Knappschäferverein zum Zwecke einer Teuerungszulage für diese Vermittler der Armen. Es macht dies für die Kriegszeit eine Erhöhung der Invalidenrenten bis zu 8 Mark, der Witwenrenten bis zu 7 Mark aus, für alle die, welche das festgesetzte Einkommen nicht überschreiten. Die Witwen erhalten monatlich 1 Mark mehr.

Unsere Kassen in der Knappschäferrentenkasse für das Königreich Sachsen und im niederschlesischen Knappschäferverein gelang es gleichfalls, den durch die Kriegszulage so sehr volkreisenden Invaliden und Witwen ähnlich erhöhte Bezüge zu sichern.

Man sieht also jenen hieraus, daß ebenso wie in Friedenszeiten, auch während der bisherigen Dauer des Krieges vom Verband und seinen Kassen nichts vernachlässigt wurde, die Interessen der Knappschäfermitglieder wahrzunehmen.

Im Bochumer Knappschäferverein wünschen sowohl die Knappschäferärzte wie auch die Verwaltung des Vereins sowie die Werkbetreiber, daß den in den letzten Monaten, ihren hinterbliebenen Witwen- und Kindergehalt gezahlt werden. Dies alles soll durch einen neuen Vertrag geregelt werden. Als die Vorstandsmitglieder aus wohlwollenden Gründen diesen Vertrag ablehnten, drohten die Werkbetreiber mit der Aufhebung dieses Vertrages durch die Aufsichtsbehörde, das Oberbergamt. Die Vorstandsmitglieder sollten einen Vertrag annehmen, der den Ärzten ein hohes Prägegehalt festsetzte und auch ihre hinterbliebenen reichlich bedachte, um die Ärzte mehr zu binden, während man keine Neigung zeigt, den Forderungen der Mitglieder auf erhöhtes Krankengeld sowie ihren sonstigen Wünschen entgegenzukommen. Sibige Pöppelereien entstanden wegen dieses Vertrages, langwierige Verhandlungen und Sitzungen folgten. Zurzeit weht schon ein anderer Wind. Die Herren Werkbetreiber sprechen nicht mehr von einer Aufhebung des Vertrages, sie scheinen auch gewillt zu sein, einer Krankengelderhöhung zuzustimmen und noch andere Zugeständnisse zu machen. Die Verhandlungen wegen des Vertrags gehen weiter und zeitigen vielleicht ein Ende doch noch durch etwas Nachgiebigkeit von allen Seiten ein für die Kameraden günstiges Resultat.

Al dieses zeigt uns, daß unser Verband, mit ihm unsere Kassen, ebenso wie in Friedenszeiten alles tun, um für die Knappschäfermitglieder bessere Verhältnisse zu schaffen. Natürlich geht es nicht immer so wie man es wünscht, die Werke haben dieselbe Zahl Mitglieder im Knappschäferverein wie die Arbeiter. Wenn jene die

Anträge auf Verbesserungen auf der Generalversammlung ab, so helfen die besten Begründungen nichts. Nur wenn die Werkbetreiber durch vorherige Verhandlungen dazu gebracht werden, daß sie bereit sind, auf der Generalversammlung von Arbeiterschaft aus vorliegenden Anträgen zuzustimmen, ist Aussicht auf Erfolg vorhanden. Unsere Vorstandsmitglieder können und dürfen im Interesse der Kameraden sich nicht vom Gefühl leiten lassen, sondern ruhigen Blutes und mit praktischem Blick muß überlegt werden, wie man für die Kameraden in Bezug auf Krankengeld usw. das Beste herauszuholen kann.

Diese Ausführungen haben aber auch den Kameraden bewiesen, daß der Verbandstand, mit ihm die Vorstandsmitglieder und Kassen immer zu rechter Zeit eingriffen und alles taten, um die Rechte der Mitglieder zu wahren und auf Verbesserung ihrer Lage zu drängen. Es könnte aber noch besser gearbeitet werden, wenn die Kameraden in den Niederungen sich dem Verbands angeschlossen. Dieser verdient es, daß ihm auch der letzte Mann als Mitglied angehört. Darum auf, Kameraden, werbt für den Verband und halt die Unorganisierten herbei!

Volkswirtschaftliche Rundschau. Ein Bauerführer gegen die Krieger.

Am 8. November fand in Regensburg eine Kriegsgatung bayerischer Bauern statt, die einen Massendebat aus allen Teilen der Oberpfalz und aus Niederbayern aufwies. Von dieser Gatung berichtet die „Münchener Post“, daß auch eine Anzahl Reichs- und Landtagsabgeordneter erschienen war. Die Führer des christlichen Bauernvereins, Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer, sprachen ausführlich über volkswirtschaftliche Fragen. Dr. Heim rief sich u. a. besonders an der Berliner Regierung und äußerte dabei: Die Berliner Regierung gehöre gestraft dafür, daß sie mehrfach die Preise nachträglich erhöht habe. Die Verführer müßte man bücken lassen, nicht die verführten Bauern. Man sollte mit Entrüstungen gegen die Bauern überhaupt mehr sparen und sich gegen jene Kreise wenden, die mit ihren färgeligen Gesellen die reinen Agenten der Engländer seien. (Verhasste Bewegung im Saale.) Bayern habe einen Vertreter in Berlin, vor dem einem blau oder braun werden könne. Die Berliner sagen: „Unser Privillez ist, Dummkheiten zu machen.“ (Heiterkeit.) Mit aller Schärfe wendete sich Dr. Heim gegen den Schlichter Hans del der Städler, der uns noch das größte Unheil bringen werde. In die Maltersdorfer Gegend werde allwöchentlich ein Soldat beurlaubt.

Leistungen unseres Verbandes.

Das Bestreben unseres Verbandes ist nicht nur auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Knappschäferwesens, des Arbeiterstandes, der sozialen Beschaffung, Rechtsprechung, Verwaltung usw. gerichtet, seine Mitglieder werden auch in den Vorklagen des Lebens finanziell und in anderer Weise unterstützt. Die Mitglieder erhalten aus dem Verbandsvermögen folgende Bildungsmittel und Unterstützungen:

1. eine wöchentlich erscheinende Zeitung;
2. agitatorisch und belehrend wirkende Flugschriften;
3. ausreichenden, unentgeltlichen Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, welche sich auf das Unfallversicherungs-, Haftpflicht-, Invaliden- und Krankenversicherungsrecht beziehen oder in welche die Mitglieder infolge ihrer Verbandstätigkeit geraten, wie auch bei Anklagen wegen Verletzungen gegen § 153 der Gewerbeordnung;
4. Sterbegeld für das Mitglied und dessen Frau, im einzelnen Fall nach Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bis zu 120 Mark;
5. Arbeitslosenunterstützung nach Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bis zu 2,40 Mk. pro Tag der Arbeitslosigkeit;
6. Krankenunterstützung nach Beitragszahlung bis zu 0,70 Mark pro Tag;
7. Gemahrgeltemunterstützung nach Beitragszahlung bis zu 18 Mk. pro Woche, für jedes der Schule noch nicht entwachsene Kind bis zu 1 Mark;
8. Streikunterstützung nach Mitgliedsdauer und Beitragsleistung bis zu 17 Mk. pro Woche und für jedes der Schule noch nicht entwachsene Kind bis zu 1 Mark.

In den Jahren 1905 bis einschließlich 1915 verausgabte unser Verband (in Mark) für

Sterbegeld	513 181,95 Mk.
Gemahrgeltemunterstützung	502 372,83 „
Streikunterstützung	7 070 207,80 „
Arbeitslosenunterstützung	334 276,38 „
Krankenunterstützung	2 875 634,53 „
Rechtsschutz	1 031 090,31 „
Kriegsunterstützung	880 593,05 „
Zusammen	13 507 407,21 Mk.

In Kriegsunterstützung sind einschließlich der drei Vierteljahre 1916 insgesamt

948 388,30 Mark

ausgezahlt worden. Die vorstehend erwähnten Zahlen sprechen für sich, sie zeigen, wie der Verband seinen Mitgliedern in den verschiedenen Vorklagen des Lebens eine kräftige Stütze ist. Und doch sollen die Kameraden nicht allein um die Unterstützung willen sich der Organisation anschließen. Die Unterstützungen nebenbei, was uns für den Verband begeistert, was ihn stärken soll, das muß der Wille der Kameraden sein, den großen Kampf mitzutämpfen, der die Bergarbeiter einer besseren Zukunft entgegenführen soll.

Hoch der Verband!

offenbar nicht etwa deshalb, weil er der Überbravste sei, sondern um für Vorgesetzte hamstern zu können. In den Eisenbahnen sagten die Leute zu einem: „Stoßen Sie mich nicht an, ich trage Eier bei mir!“ (Wiesfacke Zustimmung.) An die Bauern richtete Dr. Heim die energische Mahnung: „Reber, der die jetzige Zeit benötigt, um andere Volksgenossen auszunutzen, nimmt Mutgeißel.“ (Eifriges Schweigen.) Für den im Reichstag geforderten Produktionsgang der Landwirtschaft hatte Dr. Heim nur Worte des Spottes übrig. Die bayerische Regierung sei, so erklärte Dr. Heim weiter, gegenüber der Reichsregierung ungeschickt erstandt gewesen. Es gebe heute kein größeres Verbrechen, als Lebensmittel zu verkümmern zu lassen, was durch eine Reihe falscher Maßnahmen tatsächlich geschehen sei. Man sollte eine Kommission bilden, die das Hängen befrage. (Stürmische Beiterkeit.) Zum Schluß bemerkte Dr. Heim: Auf dem Lande mache man sich auch vielfach falsche Vorstellungen über die Städte. Man solle aber an die vielen tausende Arbeiter denken, die in der Schwerindustrie, in den Bergwerken und sonstigen Unternehmungen 12 Stunden während des Tages arbeiten müßten. Auch die Heiltsoldaten dürfe man nicht vergessen. „Wäre es“, so fragte er die Anwesenden mit erhobener Stimme, „etwas besser, wenn der Rest ins Land käme? In der jetzigen Zeit der Hungertötung und dieser nicht mit Wasser gestaut werden!“ Wie seien heute noch nicht auf dem Tiefstand der Ernährungsschwierigkeiten angelangt. Dem deutschen Volke müsse in dieser Beziehung die Wahrheit gesagt werden. Das Durchhalten sei aber gegenüber der brutalen Engländerherrschaft unvermeidlich. Im jetzigen Kampfe auf Leben und Tod müsse man weiter zusammenstehen.

So weit der Bericht der „Münchener Post“. Dr. Heim ist als bawarischer Draufgänger bekannt, der die Kruppen, vor allem ihre Regierung und deren sogenannte Staatsräuben nicht gut leiden mag. Ueber sie haben wir auch schon früher in der Ernährungsfrage manches drastische Wort aus dem Munde Heims gehört. Aber daß er mitunter seine eigenen Landsleute nicht schon, ersehen wir ja aus dem Versammlungsbericht. Er ist ein guter Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse und Führer eines sehr gesagten christl. Bauernvereins in Bayern. Seine Worte haben darum in landwirtschaftlichen Dingen etwas zu gelten. Im übrigen werden die Bauern in dieser Kriegszeit auch in anderen Kreisen einer scharfen Beurteilung unterzogen. So schrieb jüngst jemand in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“:

„Meine Gemeinnutz auf Land! Ein Zufall führte mich aufs Land in eine Versammlung von Landwirten, Gemeindefunktionären und dergleichen. Vom rationalen Gemüßbau und anderem war die Rede.

Was mir auffiel, war der vollständige Mangel an Beziehung zu den Kriegsverhältnissen der künftigen Bevölkerung in den gepflogenen Beratungen. Die Frage der Erzeugung von Lebensmitteln erschien einzig und allein in der Betrachtung des zu erlangenden Gewinnes, die Ernüchterung der Landwirte zum Anbau von diesem und jenem erfolgte immer nur unter Hinweis auf die unter den obwaltenden Verhältnissen sicher zu erwartende hohe und noch höhere Rentabilität. Da frag ich mich ernstlich: Müßten denn wirklich unsere Landwirte von dieser Seite angepaßt werden? Können sie keine anderen Erwägungen und Rücksichten? Keine Pflichten des Gemeinnsinn? Fast scheint es so, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen.“

Wie ein Feldgrauer spricht.

Folgendes „Eingefandt“ veröffentlicht der Graubinger „Gesellige“: „Man kann sehr leicht in den Zeitungen lesen, daß für verschiedene wichtige Nahrungsmittel die Preise erhöht werden, um die Produktion anzuregen. Wir können also die betreffenden Nahrungsmittel erzeugen; verbieten jedoch die Produzenten nicht genügend, dann ruht die Herstellung oder die Grundstoffe werden zu anderen Zwecken verwendet. Es ist uns — ich spreche im Plural — denn so wie ich diesen Hunderttausende hier brauche, ungewöhnlich, daß Leute, deren Eigentum von den Soldaten mit absoluter Todesverachtung unter unerbittlichen Anstrengungen und Leiden gegen den Feind geschützt wird, daß diese Leute als Christen nicht soviel Nächstenliebe besitzen, auf hohen Gewinn zu verzichten, um ihren mitleidenden Mitbürgern zu helfen. Welcher Gewinn lockt unsere Millionen von Freiwilligen, ihr Hab und Gut zu verlassen und ihr Leben fürs Vaterland, für den Schutz der Zurückgebliebenen zu opfern. Sollte mit ihnen auch die deutsche Menschlichkeit und Ehrlichkeit gefallen sein? Ein einzelner dieser verborgenen und offen wuchernden Schädlinge wiegt tausende von Feinden auf. Die Entrüstung über diese Menschen, die sich mühelos reich zu machen trachten, vergräbt die Stimmung unserer Soldaten mehr als alles andere. Ist es nicht bezeichnend, daß wir hier bei Feinden besser und billiger einkaufen als bei hier anfassigen deutschen Kaufleuten? Eine Gewinnjagd, die bei hier ankrafft bezeichnend werden muß, hat verschiedene Schichten unserer Bevölkerung ergriffen, und Gut ab vor den einzelnen, die ungenügend wirken, kein Orden kann sie mehr auszeichnen als die allgemeine Achtung ihrer Mitmenschen. Ein Pionier aus dem Felde.“

Beleidigte Kartoffeln.

Der Landrat des Allgäuer Kreises gibt bekannt: „In der Frage der Geheimhaltung der Kartoffelverträge sei ihm bekannt geworden, daß Kartoffelerzeuger Kartoffelmieten einnehmen und Verpflichten, so daß sie nicht erkennbar seien. Er fordere die Kreisbewohner auf, alle Fälle der Verheimlichung dem Landrat anzugeben, damit gegen die „ehelosen Besitzer“ so vorgegangen werden könne, wie es das Wohl der Allgemeinheit und die Strafgesetze erfordern.“

Heraus mit den Kartoffeln!

Der Landrat des Kreises Westau schreibt im Kreisblatt: „Die Kartoffelabgabe wird von den Anbauern vielfach noch verzögert in der Annahme, daß die Preise höher werden. Ich weise nochmals nachdrücklich darauf hin, daß nach der deutlichen Erklärung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Erhöhung der Kartoffelpreise unter allen Umständen ausgeschlossen ist. Gegen Stumme wird jetzt mit aller Schärfe mit Zwangsmitteln vorgegangen. Es wird auch noch darauf hingewiesen, daß der Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln 4 Mk. pro Zentner ist und nicht 4,75 Mk., wie vielfach angenommen und bei Lieferungen verlangt wird.“

Nachrichten aus der Montanindustrie. Ueber die Kriegsgewinne in der Bergwerks- und Hüttenindustrie.

Bringt Herr Dr. F. Rinner im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 597) eine Zusammenstellung, aus der sich ergibt, daß die Betriebserträge in dem Kriegsjahr 1915/16 sogar noch erheblich höher waren als in dem Hochkonjunkturjahre 1912/13. Es verzeichneten (in Millionen Mark):

	1915/16		1912/13	
	Mil.-gewinn	Abz. Dividende	Mil.-gewinn	Abz. Divid.
Phoebus	40,7	13,9	20	16,5
Bochumer Verein	22,6	5,2	25	3,4
Rhein. Stahlwerke	12,2	7,2	10	6,3
Hoesch	13,6	4,7	20	5,7
Deutschl.-Luxemburg	32,9	22,9	7	16,1
Kunze-Friede	16,6	6,5	10	4,8
van der Boven	17,3	3,7	25	1,1
Konrad	—	3,8	8	3,9
Wannemann	31,5	3,8	1,7	2,8
Gelsenk. Gußstahl	6,0	1,5	2,5	1,1
Gußstahlwerk Witten	6,0	1,2	2,7	6,6
Süppel Eisenwerk	7,7	2,0	10	1,3
Charlottenhütte	3,2	1,5	1,6	0,7
Hochfeldwerk Lübeck	4,2	1,3	10	1,1
Lehrhütte	13,6	6,0	10	6,5
Zeughütte	11,8	4,8	25	4,1

Diese sogar dem Jahre 1912/13 gegenüber weitestgehend verbesserten Ertragnisse, die dazu zum Teil noch um die bereits vorweg abgegebene Kriegsernährungszulage gekürzt wurden, sind mehreren Umständen zu verdanken, von denen die seitens der Geesverwaltung gezahlten hohen Preise für Kriegsmaterial ausschlaggebend sind.

Steigende Ueberflüsse in der Kallindustrie.

Die Erhöhung der Kalipreise haben die Geschäftschlüsse der Werke recht günstig beeinflusst. Das Kaliverk Alexandershall (Werla) verzeichnet folgende Vierteljahrsüberschüsse (in Mark):

	1916	1915	1914	1913
1. Vierteljahr	435 307	189 792	550 629	569 991
2. Vierteljahr	168 666	44 296	314 176	305 211
3. Vierteljahr	519 997	83 274	93 339	436 823
4. Vierteljahr	—	186 000	142 000	365 000
Zusammen etwa	503 000	1 100 000	1 677 000	

Das letzte Vierteljahr brachte mithin höhere Ueberflüsse als dieselbe Betriebszeit sogar 1913. Glück auf. Sondershausen machte im 3. Vierteljahr 1916 allein 907 173 Mk. Ueberfluß, insgesamt in den ersten 9 Monaten d. J. 1 885 794 Mk.

Vom Kalisyndikat wird berichtet: Der Absatz hat sich in letzter Zeit weiter günstig entwickelt; auch für den Monat Oktober ist eine Steigerung des Absatzes gegenüber dem Vorjahre zu erwarten; der Gesamtabsatz für das Jahr 1916 wird auf 150 bis 160 Millionen Mark geschätzt.

Deutschlands Hoheisenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Hoheisenerzeugung im deutschen Zollgebiet (in 1000 Tonnen):

	1914	1915	1916
Januar	1566	874	1078
Februar	1447	803	1033
März	1692	938	1114
April	1534	938	1073
Mai	1607	985	1112
Juni	1531	999	1081
Juli	1581	1047	1134
August	587	1050	1145
September	580	1084	1116
Oktober	720	1076	1161
November	788	1019	—
Dezember	854	1029	—

Wir stehen heute so ganz weit hinter den Rekordziffern in Friedenszeiten nicht mehr zurück.

Flotter Absatz und Preiserhöhungen.

Ueber den sächsischen Kohlenmarkt wird berichtet: Der die Bahnverladungen seit Mitte September beeinflussende Wagenmangel hat sich wenig gebessert. Die Nachfrage in sämtlichen Sorten Leistungsmaterial ist unverändert lebhaft geblieben. Am 1. November haben die Werke Bräunberg-Steinofenbauverein und Gewerkschaft

Morgens im Juidauer, und Bodwa-Hohndorf-Bereinigfeld im Oelsdiner Revier, welche Steinofenbrennerei...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit 1881.

Table with 5 columns: Jahr, Mitglieder, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen. Rows from 1881 to 1915.

Am 31. Dezember 1915 waren 1.220.867 Mitglieder zum...

Von den Unterstüßungen der Gewerkschaften.

In den Kriegsjahren 1914/15 haben die Gewerkschaften folgende Unterstüßungen geleistet:

Table with 4 columns: Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung, Streik- und Vermögensverlust-Unterstützung, Sonstige Unterstüßungen einschl. Rechtschutz.

Die Ausgaben für Streiks und Maßregelungen gingen 1915 gegen 1914 und noch mehr gegen frühere Jahre zurück...

Internationale Rundschau.

Zwei Kriegsbeher.

In Cardiff, dem großen Hafenplatz in Südwales, sollte Anfangs November eine Versammlung englischer Friedensfreunde stattfinden...

Kameraden, agitiert für den Verband!

Von den Aufgaben, die uns bevorstehen!

Kameraden, Bergarbeiter! Die Gewerkschaften, darunter auch unser Bergarbeiterverband...

Nach wie vor müssen die Gewerkschaften zur Erhaltung des Friedensgedankens beitragen...

Aber auch andere Aufgaben reifen für die Gewerkschaften heran. Da gilt es, die Umwälzung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vorzubereiten...

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Angestellten in privaten, sowie die Arbeiter und Beamten in staatlichen und kommunalen Betrieben...

Die Gewerkschaften müssen mit auf eine Erweiterung der Volksrechte hinarbeiten und auf die Durchführung einer besseren und friedlicheren Handelspolitik...

Die Gewerkschaften müssen mit auf eine Erweiterung der Volksrechte hinarbeiten und auf die Durchführung einer besseren und friedlicheren Handelspolitik...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zwangsarbeitsnachweis und Schlichtungsverhältnis.

In der Bergpresse finden wir häufig Angaben über „freiwillige Feierschichten“ der Belegschaftsmitglieder...

nachweis darf kein abgehender Bergarbeiter von einer Vereinigung angenommen werden. Diesen Meldebogen, oder Ueberweisungschein...

Abgewehrt.

Bezugnehmend auf unsere Notiz in der letzten Nummer: „Die Freizügigkeit der Bergarbeiter aufgehoben?“...

Kriegswühler.

Bürgerliche Blätter machen darauf aufmerksam, daß der wegen Betrübelschuldigen im Osten verhaftete Hauptbeschuldigte ein junger Mann von 25 Jahren ist...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 48. Woche (vom 19. bis 25. Novbr. 1916) fällig...

Schmidthorst-Buschhausen. Sonntag, den 26. November: Treffpunkt zur Hausagitation um 10 Uhr vormittags...

Bürgerrevisionen. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt...

Bibliotheken. Klabbz I. Die Bibliothek ist vom 1. bis 17. Dezember wegen Renovierung geschlossen.

Sterbetafel. Auf den Schlachtfeldern sind gefallen: Wilhelm Gies, Stodum. Karl Kuhlmann, Dortmund II.

Taschen-Kalender für Bergarbeiter werden so zahlreich bestellt, daß es uns bei dem wenigen uns zur Verfügung stehenden Personal nicht möglich ist...